Staatshaushalts, Rationierung der Lebensmittel, Verbot der Luxusreise usw. — nicht länger zu zögern. Schließlich wird der sofortige Zusammentritt des Nationalrats gefordert, damit auf dem Boden des Parlamentes festgestellt werde, ob der gegenwärtige Nationalrat fähig sei, die unaufschiebbare Sanierung der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik Oesterreichs zu vollziehen. Wenn ja, so könne für die Sozialdemokratische Partei eine reinliche Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien das Mittel sein, die Republik und ihre Wahrzeichen aus der Gefahr zu retten. Andernfalls bliebe trotz aller Bedenken kein anderer Weg als die sofortige Durchführung von Neuwahlen, um die Wählermassen selbst entscheiden zu lassen.

*

Die österreichischen Sozialdemokraten haben der KPD. tatsächlich das „Programm gestohlen". Sie sind weit „radikaler" als Lenin, der vor der Reichstagsauflösung warnte, damit man nicht sagen könne, die „Bannerträgerin" — der Gedanke reizt trotz alledem zum Lachen — wäre schuld am Steigen der Mark. Uebertragen auf die heutige Situation, bedeutet dies natürlich für Oesterreich: Wirbel vorbei und — wählt! Aber — sei unbesorgt ruhig, damit der letzte Rest (das ist der Bonzenapparat) nicht zusammenbricht. Wir selbst werden mitregieren. Ob es wohl noch höher geht?

Oesterreichische Zustände

Der Dollar klettert und die Warenpreise schwingen sich zu phantastischen Höhen empor. Schon der Durchschnittskrämer rechnet mit Zahlen, die früher nur in der Astronomie üblich waren. Was wir als österreichische Ausländer zu bezahlen gewöhnt waren, ist in Deutschland längst Wirklichkeit.

In wild rasendem Tempo der Karren dem Abgrund entgegenrollt, helfer scheint effektiv das Augenmerk abhanden gekommen zu sein. Seit Monaten ist die ganze kapitalistische Welt, die unweigerlich dem deutschen Bankerott folgen muß, unterwegs, die deutsche Valuta zu „stabilisieren"; seit Genua in verstärktem Maße. Ende Mai hat sich die deutsche Regierung fürchtig verpflichten müssen, den Notenumlauf auf den Stand vom 31. März 1922 zurückzuführen und die schwebende Schuld entsprechend zu verringern. Ende März betrug der Notenumlauf 1190 Milliarden Mark, heute hat er sich fast verdoppelt. Er wird in diesem Augenblick die 220 Milliarden überschritten haben und wird im Laufe des August sicher 230 Milliarden erreichen. In 7½ Jahren ein Anwachsen des Notenumlaufs um 128 Milliarden Mark — rund 2 Milliarden waren in der Vorkriegszeit im Umlauf — und in den nachfolgenden 5 Monaten fast eben so viel: rund 100 Milliarden! Die Schuldenlast stieg in demselben Tempo auf über 300 Milliarden Mark.

Trotz den sich fast multiplizierenden Warenpreisen sind diese immer noch nicht in voller Höhe der Geldentwertung angepaßt; sie müssen mit Naturnotwendigkeit in nächster Zeit in noch schnellerem Tempo nach oben springen. Als Triebkraft zu noch schnellerer Bewegung der Preise wird die am 1. September in Kraft tretende Eisenbahntariferhöhung um 60% bleiben. Auch diese soll nur Provisorium sein; eine weitere Tariferhöhung soll auf dem Fuße folgen. Diese Tariferhöhung und alle in diesen Tagen in Kraft getretenen sehr bedeutenden Preiserhöhungen für alle Rohstoffe müssen in kurzer Zeit die jetzigen Warenpreise verdoppeln.

Doch wie man sich in das Kommende auch hineinzudenken versuchen mag, bevor ein Gedanke zu Ende gedacht ist, wird er überholt durch neu hereinbrechende Tatsachen, die alles Bisgewesene wieder in den Schatten stellen. Der rasselnstarke Betrug, der je von der Gewerkschaftsbürokratie ausgeheckt wurde, spielt sich in diesen Tagen ab. Dieser wird aber auch alle bisherige Preisgestaltung dermaßen auf den Kopf stellen, daß er schließlich auch dem deutschen Proletariat den Nebelschleier vom Gesicht reißen muß. Am Donnerstag den 24. August lasten in Wien die Bürokraten der Bergarbeitergewerkschaften und die Jechermagnaten vor dem Reichsarbeitsministerium in „Verhandlung", um in der bekannt humanen Weise den Bongen, des Kapitals und den Proletariern Rosen auf den Teppich zu streuen, aber, wenn man durch den Nebelschleier sieht, das Heil über die Ohren zu ziehen. In gewerkschaftsbürokratischen Funktionärkreisen ist es, ihre guten Beziehungen zu den Kohlenbaronen nützend, den Proletariern schon im Juli, ohne besten Wissen, die Augustlöhne eingehandelt und ihnen so alles Denken und „Kämpfen" erspart. Die Liebe der Bürokratie und des Kapitals zum Proletariat ist aber grenzenlos und so ist es erklärlich, daß beide den Proletariern ab 16. August nochmals den Lohn um 96 Mark pro Schicht erhöhen. Damit ist aber die Liebe noch keineswegs erschöpft; auch die Verhandlungen sind anstrengend und sehr zeitraubend, sind doch die Grubenherren. Und so ist man im Begriff, den Lohn ab 1. Oktober (!) nochmals um denselben Betrag zu erhöhen. (Jetzt im August!!!) Selbstlos wie Kapitalisten immer sind, alles ohne Gegenleistung seitens der Grubenproletarier. Nur eine Schichtverlängerung verlangen sie, und diese Ueberschichten werden extra bezahlt. Gleichzeitig ist der Reichsarbeitsverband (Sachsen- und Händlergroßmannsstellen) schon mit dem Reichskohlenrat (Kapitalisten und „Arbeitnehmer") zusammen, den Kohlenpreis ab September um 1000 Mark pro Tonne zu erhöhen. Beide Lohnerhöhungen würden diese exorbitante Preissteigerung bei weitem nicht rechtfertigen. Die Hatze der für die Preiserhöhung ausgegebenen Lohnerhöhung aber tritt erst im Oktober in Kraft, während die Kohlenpreiserhöhung schon ab September Wirklichkeit werden soll. Die notwendig zu erwartende Preissteigerung der Lebenshaltung in Rechnung gesetzt, bedeutet diese „Lohnerhöhung" eine glatte Lohnherabsetzung; und die Proletarier, wollen sie die Bürokratie und die Statisten weiter als göttliche Einrichtung oder als notwendiges Uebel betrachten, sind für die nächsten 6 Wochen der sicheren Preissteigerung gefesselt, verkauft und verraten.

Die Kohlenpreiserhöhung von 1000 Mk. pro Tonne, — etwa 65—70 Mark Erhöhung pro Zentner im Kleinverkauf — muß aber eine nochmalige sehr bedeutende Preiserhöhung für alle Rohstoffe, Frachten, Licht und Kraft im Gefolge haben. Der gesamte industrielle Produktionsprozeß muß eine Verteuerung erfahren, die eine weitere Verdoppelung der Kosten des Lebensunterhaltes nach sich zieht. Die sie jetzt sich im Rollen befindliche Lawine muß bis Mitte Winter eine Verdreifachung der Preise der jetzigen Lebenshaltung nach sich ziehen.

Schon jetzt ist die Entwertung der Mark der durch die Inflation geradezeichnetem sehr weit voraus. Die Notenindustrie kann den Bedarf bei weitem nicht decken. Nicht nur die durch den Marksturz hervorgerufene Entwertung der Betriebskapitalien greift schon während in den Produktionsprozeß, auch hat die heutige Inflationsmaschine hemmend die Produktion. Und noch mehr die durch diese Faktoren hervorgerufene Kreditknappheit. Die notwendig werdende Notenwirtschaft muß — den Industriestaat Deutschland am Agrarstaat Oesterreich gemessen — die österreichischen Zustände hinten kurzen in den Schatten stellen.

Ein Bild, in welch wahnsinnigem Tempo sich die Marx entwickelt, mag diese Gegenüberstellung illustrieren:

	Umfang des Notenumlaufes in Milliarden Papiermark	Anzahl der Papiermark gleich einer Goldmark	Wert der Kronen in Milliarden Goldmark
Dezember 1920	81	67	4,0
„ 1922	122	49	2,7
März 1922	140	65	2,2
Juni 1922	170	90	1,9

In dieser Berichtsperiode hat sich der Notenumlauf nun reichlich verdoppelt, während der Wert der Krone auf weniger als ein Fünftel gesunken ist. Die Entwertung der Mark ging zweimal so schnell vor sich, als deren Vermehrung durch Neudruck erfolgte. Da schon gegenwärtig die Papiergeldvermehrung sich um das Mehrfache schneller auffällt als in dieser Berichtsperiode, die kommende Preislawine diese aber in den Schatten stellen muß, kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie die Markentwertung, d. h. die Aufwärtsbewegung der Preise sich in ständig größer werdendem Tempo fliegen muß.

Wie die Kohlenpreiserhöhung die gesamte Lebenshaltungspreise in die Höhe schnellen, wird auch die Arbeitszeitverlängerung der Bergarbeiter nicht ohne Wirkung auf das Proletariat bleiben. Kapital und Gewerkschaften nützen die Zeit. Die Not frißt dem Proletariat an der Kehle. Jeder Hundertmarkschein spielt im Haushalt des Proletariers eine bedeutsame Rolle. Es ist nun natürlich, daß der Proletarier, der die Verhältnisse als von Gott gegeben und durch den Willen der Gewerkschaft als unabänderlich betrachtet, zu Ueberarbeit leichter geneigt ist, da er nicht begreift, daß auch dieser „Mehrverdienst" seine Lebenslage drückt, die Preise vertheuert und somit ebenfalls eine Lohnherabsetzung bedeutet. Schon hat das Reichsgericht entschieden, daß eine Genehmigung zu Ueberstundenarbeit nicht mehr nötig ist, wenn der Betrieb ein lebenswichtiger ist. Zu diesen Betrieben gehört auch der Bergbau, durch einen kräftigen Ruck käme es in den Besitz der politischen Macht und es könnte die Produktion nach seinem Belieben gestalten. Voraussetzung wird natürlich, daß es diese Macht nicht wieder freiwillig den mit dem Kapital paktierenden Bonzen abtritt.

Friedrich Engels über die „Einigung"

Man muß sich durch das Geschrei nach „Einigung" nicht betören lassen. Die bloß Wort aus meinen im Munde führen, sind die ärgsten Spaltungsstifter, die Anstifter aller Spaltung, die nach nichts mehr schreien als nach „Einigung". Diese Einigungsapostel sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einen unbestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich klug zu setzen verspricht, um die Unterschiede in weit schärferem Gegensatze wieder herzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden, der aber kein, die in der Bewegung mitbewegt oder bewußt verstärken wollen. Demnach sind die größten Kraftsprüche und Schwüre in gewissen Momenten die sicheren Einigungsschreier. Wir niemanden haben wir in unserem Leben mehr Zoff und Tiefe gehört als mit den Einigungsschreiern.

(Aus einem Brief Engels vom 20. Juni 1873.)

Aber schon riechen die Bürokraten Lunte. Sie haben aus den Verhältnissen „gemütlich" gelernt. Sie fürchten, daß auch das Proletariat durch die Hungerkur gelernt haben könnte und sinnen immer mehr auf abgefeimte Gaunertricks. Um die Proletarier auseinander zu treiben und sie gegen einander zu hetzen, werden wiederholt Schauteilungen inszeniert über den Prozeß der Sozialrevolutionäre. Die Gewerkschaftsversammlungen halten „Abrechnung mit den Kommunisten" und „Abrechnung mit den Linksdemagogen" und solange die Proletarier auf diese Tricks hereinfallen, haben die Gewerkschaften festen Boden unter den Füßen und das Kapital hält sich noch für einige Zeit.

Der Dollar marschiert auf 8000 und die Proletarier werden unruhig. Zu den 1000 im Gange befindlichen lokalen, häufig kollerten Lohnstreiks, gesellen sich schon Hungerstreikvolle. Es ist begreiflich, daß auch die „Gelbengewerkschaften" marschieren. Diesmal nicht zum Arbeitgeberverband oder dessen Vertreter, dem Herrn Reichsarbeitsminister, sondern direkt zum Reichskanzler. Außerordentliche Situationen erfordern außerordentliche Mittel. Und diese Mittel sind sicher geeignet, die Proletarier hinzuhalten. Während die Bürokratie energische Schritte zum Reichskanzler unternimmt, schafft der Proletarier um den alten Lohn, der Dollar steigt und das Kapital steckt Millionen Valutagewinne ein.

Alle Macht den Räten!

(Aus einer Broschüre der KPD., Anfang 1920 erschienen, „Alle Macht den Räten!" Ein Wort an die Frauen und Männer des werktätigen Volkes.)

Genossen und Genossinnen! Es geht Kapitalismus gegen Sozialismus. Das Recht der ausgebeuteten, beherrschten, leidenden Menschheit kann nur siegen, wenn die Gewerkschaften hinter ihm steht. Es muß sich ein Werkzeug seiner Macht schaffen, dies ist das Rätesystem. Das Rätesystem bringt die Macht voll zum Ausdruck, die in der schaffenden Arbeit der Hand und des Hirns liegt. Die breite Grundlage des Rätesystems ist der Arbeiter- bzw. Bauern- und Soldatenrat jeden Orts.

Die Räte sind beschließend, verwaltend, ausführend zugleich. Neben ihnen kann keine andere gesetzgebende, regierende, verwaltende Macht bestehen. Ihre Tätigkeit schließt aus, daß irgend ein Reichs- oder Landesparlament das Volk der Arbeit an der Nase herumführen kann. Also liegt dem Rätesystem die ausschließende politische Macht unten, in den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter, es steht im schroffsten Gegensatz zu den heutigen politischen Machtverhältnissen, es paßt im Gegensatz zu den bürgerlichen Parlamenten, deren Hauptaufgabe es ist, in Gemeinde, Staat und Reich die Macht der Besitzenden und Ausbeutenden durch Gesetze und Einrichtungen fest zu begründen und zu verewigen. Es ist das Werkzeug zur Ueberwindung der Klassenherrschaft der besitzenden und ausbeutenden Minderheit, zur Befreiung der Hand- und Kopfarbeit von der knechtenden Gewalt des Kapitals, zur Aufrichtung des Sozialismus. Arbeiter und Arbeiterinnen! Das Rätesystem ist die Macht. Die eure Ketten sprengt, die euch zur Freiheit führt.

Die Stellung zum Rätesystem ist daher der Prüfstein dafür, wie Parteien und Regierung zu dem Willen der Arbeitenden stehen. Alle Macht den Räten; das ist die Losung derer, die die Befreiung der Arbeitenden durch den Sozialismus ernstlich wollen. Keine Macht den Räten, so heißt das Chor der Nutznießer und Schützer des Kapitals. Ein wenig Macht den Räten und die Hauptmacht dem Parlament und Regierung des kapitalistischen Staates, so pfeifen und piepsen die sozialen Fledermäuse, die, nicht Vögel, nicht Maus, im Zwielicht hin und herflattern und von der ausbeutenden Minderheit wie der ausgebeuteten Mehrheit gleichermaßen als Känder einer neuen Zeit der Klassenaussöhnung und Klassenharmonie, des „verfassungsmäßigen Lebens" in der Fabrik und in der Politik angesehen werden möchten. Die Forderung wachsender Volksmassen: Alle Macht den Arbeiterräten! wirkt als Gärungs- und Klärungsbacillus. — Es gibt nur ein Entweder — oder. Durch „Mitbestimmungsrecht", durch einen Teil der Macht können die Räte die alles verzehrende Bestie des Kapitalismus nun und nimmer zur Strecke bringen. Dazu bedürfen sie der ganzen Macht. Die ganze Macht muß an das ganze Ziel gesetzt werden. Der Sozialismus ist nicht mehr ein fern winkendes Zukunftsziel. Er ist die Forderung des Tages. Damit muß aber auch die Tagesfolgerung laufen: Alle Macht den Räten! Kein Paktieren mit den Mächten der Vergangenheit, schärfster Kampf gegen sie. Keine Teilung der Macht mit ihnen, Zusammenballung der Macht in der starken Faust des schaffenden Volkes allein. Sie ist die Parole des Kampfes von heute. Für diesen Kampf, gilt es, euch zu sammeln und zu rüsten, denn der Sieg der Arbeiterklasse kann nur ihr ureigenstes Werk sein. Macht kann nur durch Macht gebrochen werden. Kraft gegen alle Kräfte des Alten, der Arbeit eignet die Riesenkraft, die angeborene Gewalt des ausbeutenden Kapitals zu zerschmettern.

Aber ihr seid ja Frevler, seid Prinzipienschänder, wenn ihr für die Räte der Arbeitenden. Schaffenden alle Macht fordert! Ihr geht damit die Demokratie, die Gleichberechtigung aller preis. Und Schrecklicheres noch: Ihr wollt die Diktatur des Proletariats errichten. So flechten und sammeln sich Freunde und ganze Heerhaufen der Massen, ihrer Ausplünderung müde werden. Laßt diese Leute schwätzen! Jedem solche Macht, der arbeitend für die Gesellschaft lebt, nach dem bekannten Bibelwort: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Keinem solche Macht, der fortzehrend oder mit Arbeit spielend von der Gesellschaft zehrt. Das ist wahre Demokratie. —

Schaffende! Ausgebeutete! Die formale, politische, bürgerliche Demokratie ist in Wirklichkeit die Gleichberechtigung der Besitzenden. Es ist nicht wahre Demokratie, wenn der Arbeiter neben dem „Bruder" Kapitalist zur Urne geht und im verschlossenen Umschlag seinen Stimmzettel hineinlegen darf, wenn der „schlichte Mann aus dem Volke" mit Monokraten, Professoren und Kommerzienräten zusammen im Parlament erwägt, redet und beschließt. Das beweisen die Verhältnisse der demokratischen Länder, der Schweiz, der Vereinigten Staaten usw. Auch dort sind die Lohnschaffenden ausgebeutet, unfrei und müssen hart um ihre Rechte kämpfen. Die Gleichberechtigung aller Besitzen, was Menschenantlitz trägt, wird erst Wahrheit und Tat, wenn die Macht des ausbeutenden Kapitals über die arbeitenden, lebendigen Menschen gebrochen ist, wenn alle Schaffenden wirtschaftlich und politisch frei und gleichberechtigt sind. Erst die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller ist wahre Demokratie.

Darum: Alle Macht den Räten, die die ganze Demokratie zum Siege führen. Der Weg zum Ziel geht über die Diktatur des Proletariats. Jawohl! Aber kann das Frauen und Männer schrecken, die heute unter der Diktatur der Besitzenden und Ausbeutenden seufzen und bluten? Es gibt nur ein Entweder—Oder. Wer sich gegen die Diktatur des Proletariats sträubt, der muß die Diktatur der Bourgeoisie ertragen. Darum nochmals Schaffende, Unterdrückte, es gilt der Kampf: Für die Diktatur des Proletariats! Für die Macht der Räte! Für den Sozialismus! — —

Ausland

Die böhmische Glasindustrie vor dem Zusammenbruch.

Prag, 23. August. (W. T. B.). Wie die Zeitung „Sozialdemokrat" meldet, steht die gesamte Glasindustrie Nordböhmens vor dem Zusammenbruch. Sonnabend sei mit Massenentlassungen im Westen und Nordwesten Böhmens begonnen worden. Der gesamten Arbeiterschaft der Glasindustrie wurde gekündigt. 13 000 Arbeiter sind arbeitslos, über 20 000 arbeiten nur noch drei Tage in der Woche.

Genossen! Sammelt für den

Pressefonds!

Mitteilungen

KPD. und KAI. Gr. Hamburg. Montag, den 28. August, allgemeine Mitglieder-Versammlung, bei Beck, Lassenschenstraße 19 (früher Disch), beginn 7½ Uhr. Tagesordnung: Die politische Lage. Alle Genossen müssen erscheinen. Der Ortsausschuß.

Montag, den 28. d., abends 7 Uhr, Sitzung der Berliner Zentrale. Alle Bezirks-Kassierer müssen pünktlich erscheinen.

Achtung! Jugendgenossen! Am Mittwoch, den 30. August, findet in der Schule, Sonnenburger Straße 20, Hof parterre, abends 7 Uhr, ein öffentlicher Gruppenabend statt. Thema: Wie finden wir einen Ausweg aus der Not? Freie Aussprache. Genossen, macht eure Propaganda. Partei- und Jugendgenossen, schickt Eure Kinder zu uns. Sorgt alle für guten Besuch. KJ., Gruppe Norden.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehrlich, Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Carl Schabert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Berlin S 42, Oranienstraße 180.

3. Jahrg. Nr. 62. Preis 7 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint parteilich unabhängig. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenverkauf und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 400 20

Abonnementspreis für Groß-Berlin 75 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 80,— M. monatlich, nach dem Ausland 100,— M. monatlich.

Keine Illusionen!

Die deutschen Proletarier leben immer noch in gesetzlichen Illusionen. Die offene Brutalität der Gewerkschaften hat wohl Stimmen des Protestes ausgelöst, aber noch nicht die Illusionen ausgerottet. Eine wahre Massenfabrikation von Illusionen erzeugt sich über die Arbeiterschaft, um neue Illusionen zu erzeugen, um besser den Proletariat, wenn es nicht rechtzeitig die Kräfte findet, dieselben zu überwinden, zugrunde gehen wird.

Die Zusammenbruchserscheinungen, die sich äußern in der wachsenden Geldentwertung, die wiederum die fortgesetzte Herabdrückung des Lebensniveaus zur Folge hat, treffen das Proletariat mit ungewöhnlicher Härte. „Die Menschen machen die Geschichte nicht aus freien Stücken" sagte Karl Marx. Aber er sagte auch: „Die Menschen müssen die Geschichte tragbar selbst machen". Aus freien Stücken würde das Proletariat sich niemals rühren. Es wird außerpolitisch durch den Zwang der Entwicklung. Jedoch von der „Bewegung" bis zum bewußten Handeln ist noch ein gewaltiger Schritt. Die bewußte, verstandesgemäße Tat, das direkte handelnde Eingreifen ist jedoch die Hauptsache. Die Tat ist erst die Erlösung. Die Kraft zu dieser bewußten Tat, zu der die geschichtliche Entwicklung ruft, ist jedoch nicht vorhanden. — Und solange die Tat des Bewußten fehlt, solange der Geist, der Mensch selbst nicht bei der Sache ist, solange die Arbeiterklasse nicht ihr Wollen und Handeln selbst als entscheidendes Mittel der Entwicklung einsetzt, solange wird es nichts mit frommen Wünschen, Gebeten und Hoffnungen sein, solange Endes die Proletarier selbst, ihre Organisation kommt nicht von selbst, sie kommt nur als bewußte Tat, sie erfordert ein ganzes Geschlecht.

Die Kraft einer revolutionären Klasse, die notwendig ist, gesellschaftliche Verhältnisse von Grund auf radikal umzugestalten, fällt jedoch nicht vom Himmel. Um das Kapital zu stürzen, um die gigantischen revolutionären Aufgaben zu lösen, muß sich das Proletariat mindestens mit seinen Aufgaben beschäftigen. Die Aufgaben selbst, die nur im schärfsten Kampfe, nur durch die Revolution zu lösen sind, die Mittel und Wege, die angewandt und eingeschlagen werden müssen, all dies kann natürlich nicht losgelöst von den gesellschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen behandelt und in Angriff genommen werden. Wenn die Arbeiterklasse diese Aufgabe lösen will, muß sie die schwachen und starken Seiten des Klassenfeindes, des Kapitals durchschauen. Das Proletariat kann seine Aufgabe erkennen, niemals aber, wenn es noch nicht einmal sieht, wann und wie das Kapital zum Schlage ausholt.

Die kapitalistische Klasse, die gesellschaftlich längst überlebt ist, und nur noch lebt von der Katastrophe, sie hat das Proletariat voraus, was ihren Handlungen entscheidend hilft. Es gibt trotz alledem. Der Wahlspruch des Kapitals ist: Leiten müssen durch Krisen, Katastrophen durch Katastrophen überwunden werden. Der Sieg ist stets auf ihrer Seite, wenn der Katastrophe derjenige, der durch dieselbe aufs Haupt geschlagen wird: die Arbeiterklasse, die Ursachen nicht erkennt, daß dieselbe herbeiführen. Entscheidend ist nicht, daß Not und Elend vergrößert; entscheidend ist die Erkenntnis der Ursachen, die klare Erkenntnis der Aufgaben, und das daraus entspringende Klassenbewußtsein.

Dieses mangelnde Klassenbewußtsein und aus diesem Grunde die Kraft- und Energielosigkeit des Proletariats ist die Ursache des Kapitals. Die Arbeiterklasse hungert, das Elend steigt, es ist hat nur einen Wunsch: nicht zu hungern. Die im Schoße dieser gesellschaftlichen Zustände gelagerten Schichten und Gruppierungen, die in verschiedenen Organisationen ihren Niederschlag finden, werden ebenfalls vor die Entscheidung gestellt. Der Ruf der Revolution, der die „Volksgemeinschaft" in zwei feindliche Lager zerreißt, geht auch an den Organisationen nicht vorüber. Doch auch in den Organisationen der Arbeiterklasse selbst sind Illusionen, die Autoritätsstaates eingewurzelt. Menschen, die bei aller noch begriffen haben, daß sie zum klassenbewußten Proletariat gehören, entscheiden sich stets für das Mitgetrabte. Sie gehen den konterrevolutionären Weg der Organisation um der „Einheit" willen mit. Die Kluft wird größer und größer, die Katastrophe verschärfen, das revolutionäre Eingreifen immer notwendiger, aber es fehlt ihnen auch die Kraft — das Gros bleibt das konterrevolutionären Rahmenbedürfnis im feindlichen Lager, bleiben freiwillig Gefangene der Gegenrevolution — und schreien nach Brot.

Die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien haben ihren Bankrott so deutlich erklärt, daß jedes Wort eigentlich überflüssig erscheint. Aber sie wissen trotzdem, was sie wollen. Sie sind ein Bestandteil des parlamentarisch-kapitalistischen Staates, und kein Mensch kann von ihnen verlangen, daß sie Selbstmord begehen. Sie versuchen das Proletariat mit allen Mitteln abzuhalten von seiner revolutionären Aufgabe, um sich selbst zu retten. Die den Apparat beherrschende Bürokratie hat mehr zu verlieren, als ihre Ketten. Sie gebietet dem Kapital und ihr Klassenbewußtsein ist ihm Wegweiser und Kompaß.

Das gänzliche Versagen gegenüber dem Proletariat hat in den Reihen der Gewerkschaften einen Sturm der Entrüstung, daß sie von der Konterrevolution Revolution verlangen, schließlich etwas Unmögliches. Und dann heute niemand geben! Und daß es keine Ruhe gibt, daß sie Hunger. Die herannahende Hungerkatastrophe selbst ist ein unwiderlegbarer Beweis, daß die Verhältnisse, die kapitalistische Produktionsweise nach einer Umgestaltung schreit. Sie kann nur auf revolutionärem Wege vor sich gehen, und verlangt ein klassenbewußtes, opferbereites und entschlossenes Proletariat. — Keine Optimisten!

Eine Reihe solcher Optimisten in Gestalt von Betriebsräten, die selbst noch unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie sind, die selbst noch nicht begriffen, daß sie Eierschalen stecken und gar nicht wissen, was sie wollen, tun sich zusammengetan und will eine „Aktion" gegen die Teuerung unternehmen. Ein „Betriebsrätekongreß" mit Referat und Korreferat soll Mittel und Wege finden. Die hohe und höchste Gewerkschaftsbürokratie ist eingeladen. Die lustige KPD. liefert bei dem ganzen Getöne die Musik. Zu den Hunderten von Resolutionen und Forderungen soll ein weiteres Dutzend kommen. Die „Entlastung" der Gewerkschaftsbürokratie soll dazu dienen, selbst die Posten zu erhaschen. Neue Illusionen und damit neue Kraft soll der Konterrevolution zugeführt werden. Ein Teil davon, das sei zugegeben, bewegt sich tatsächlich selbst noch in diesen Illusionen. Ein großer Teil nicht. — Sie leben vom Betrug und von den Illusionen des Proletariats.

Der Ruf des revolutionären Proletariats muß immer wieder lauten: Es ist Zeit zu unserlichen Ingressen, nicht nach Brot zu brüllen. Wer die Konterrevolution unterstützt, dient dummes Gewäsch, mit dem man das Proletariat von seiner Aufgabe abhalten will, ist schlimmer als die Gewerkschaftsbürokratie selbst. Entweder das Proletariat erkennt den Ernst der Stunde und erhebt sich zum entscheidenden Schlag, oder es sagt unter verschiedenartigen Illusionen auch. Die neuen Enttäuschungen werden jedoch auch die neuen Illusionen zunichte machen und werden auch die bewußten Betrüger entlarven.

Das Erwachen des Proletariats in Frankreich

BZB. Paris, 27. August.

Nach dem „Matin" spielte sich in Havre am Sonnabend um 4½ Uhr an einer richtige zwei Stunden währende Schlacht zwischen Barrikaden und Gewehrfeuer ab. Die Truppen feuerten mehrmals in die Luft, gaben aber schließlich scharfe Salven ab und zwangen auch mit dem Bajonett an. Drei Zivilpersonen wurden getötet, 17 Verletzten und 20 Zivilpersonen verletzt. Im Gefängnis ist der Polizei eingetroffen. Nach dem „Matin" waren die Barrikaden Schützengräben auf, fällten Bäume und errichteten ihre Barrikaden.

Der Aufruf der Ausstandsentsendungen bildete der Streik der Metallarbeiter, weil die Industriellen die Löhne um zwei Frank herabzusetzen suchten. Die erste Antwort des Regierungspräsidenten war, daß er dem Bürgermeister der Stadt Havre die Polizeigewalt entzog, um die „Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen. Darauf traten die Hafenarbeiter, Glasarbeiter, Bauarbeiter und Straßenbahner sofort in den Solidaritätsstreik. Die Provokation der französischen Soldatenlis wird von den Proletariern mit denselben Mitteln beantwortet.

Wenn es gelingen sollte, die Aufständigen niederzuknüppeln, so zeigt doch bei den Metallarbeitern bezeugte Solidarität, daß trotz des nationalistischen Taumels die revolutionäre Tradition des französischen Proletariats noch lebt. Die deutschen Proletarier, die sich stets hämisch stellen zu Frankreich, die „geworfschaftliche Disziplin" schon ziemlich auf den Hund gekommen sind, können sich trotz alledem ein Beispiel nehmen.

Ein neuer Erfolg der Gewerkschaften

Es wäre töricht, eine feststehende Tatsache zu bestreiten. Die Gewerkschaften haben gewissen einen Erfolg zu buchen. Es wäre auch höchst verwunderlich, wenn die Gewerkschaften als ein Faktor mit 10 Millionen Mitgliedern nicht in der Lage wären, einen politischen Einfluß auszuüben. Die Mitgliedschaft einer Organisation, in diesem Falle die in den Gewerkschaften organisierten Proletarier, wissen entweder was sie wollen, oder sie wissen es nicht. Im ersteren Falle sind sie mit den von den Gewerkschaften ergriffenen Maßnahmen einverstanden und gehen diesen Weg bewußt, wenn auch zu ihrem eigenen Schaden. Im zweiten Fall fühlen sie die Politik der Gewerkschaften durch ihre Partei. Das Gros der Gewerkschaftsmitglieder fühlt also direkt oder indirekt diese Politik. Einzelne Querulanten, die schimpfend und krakehlend hinterher laufen, und dabei stets laut schreien, daß sie etwas erobern wollen, spielen dabei absolut keine Rolle.

Die von den Gewerkschaften aufgestellten „Ratschläge" sind im großen und ganzen genommen, in zwei Teile zu nennen. Der erste Teil beschäftigt sich mit der „Bekämpfung der Teuerung". Sie sind die Kulisse, hinter dem sich der wahre Kurs verbirgt. Die Forderungen, die auf eine „Zwangswirtschaft" hinauslaufen, hat Alexander Knoll im Korrespondenzblatt des ADGB. selbst gerichtet. „Es ist eine Gefahr für die gesamte Gewerkschaftsbewegung", schreibt er, „daß die Mitglieder der Gewerkschaften in diesen ihre letzte Zuflucht setzen, und auf sie alle Hoffnungen setzen, denn die Gewerkschaften nicht imstande sind, die Teuerung und Schwierigkeiten hinwegzuheben, die gänzlich außerhalb des Machtbereiches der Gewerkschaften liegen — zu deren Beseitigung die Gewerkschaften auch keine Möglichkeit zwingen können, weil auch diese daraus keinen Einfluß hat, wirklich die Hauptursache des heutigen Elendes in Deutschland, der Vertrag von Versailles" . . . „daß es auf diesem Gebiete immer noch weiter bergab gehen kann, zeigt sich das Beispiel Oesterreichs". Und am 22. Mai 1922 sagte der Reichsarbeitsministerium Robert Schmidt im Reichstag: „Es ist eine Illusion zu glauben, daß die Tendenz der Wirtschaftsentwicklung durch gesetzgeberische Maßnahmen beeinflußt werden könnte". Wenn die Gew.-vorsitzenden trotzdem einen Bündel voll Phrasen als Vorschläge ferieren, so nur deswegen, um den Kern, der in diesem Programm enthalten ist, etwas zu umschreiben. Die Zumutung, daß Zabel, Tarnow, Kaffee, Tes usw. jenen für die Proletarier als Lugus angesehen sind, ist so angesichts der Ungeheuerlichkeit, die in dieser „praktischen" Forderung:

„Um der Kredite zu sparen, unter der die Landwirtschaft und sagen die landwirtschaftlichen Großbetriebe leiden, fordern die Gewerkschaften Kreditmaßnahmen an, nicht auf Kosten, aber doch unter Garantie der Reichsregierung, um der Landwirtschaft die nötigen Gelder zur Durchführung einer intensiven Wirtschaft im Kreditwege zur Verfügung zu stellen. Vielleicht finden dort der Kreditfonds der Kalkulationsstelle oder ähnliche Geber Verwendung finden."

enthalten ist, eigentlich eine Kleinigkeit. Bis jetzt wurden die Proletarier immer noch beschwindelt mit dem „Kampf gegen die Reaktion" — unter dem Protest von Alfred Sickmann, der schon immer den Standpunkt vertrat, daß sich die Arbeiter mit den Junkern an einen Tisch zu setzen hätten — hier wird klar und unzweideutig gefordert, daß das Proletariat die Summen für die Kredite der Agrarier aufzubringen hat, denn doch nur durch die Arbeit der Ausgebeuteten dies möglich ist. Ist den Gewerkschaften ebenso klar, wie den Junkern. Die niederbayerischen Landarbeiterstreike, bei denen der „Boycott" ein außergewöhnlich hohes Maß von Zynismus anwendete, belagen in dieser Beziehung wirklich schon genug. Die letzte Phrase fällt. Die Junker erhalten für die Knutenhiebe gegen die Landarbeiter außer intkreditiger Hilfe noch Kredit. Es lebe die Einheitsfront!

Dieser Kurs der Gewerkschaften ist natürlich begründet in der Gesamtlage. Die heutige Regierung hat den Kommunen den Bankerott vorausgesehen. Die heutige Schwarzbuchpolitik natürlich ebenfalls. Bei den Verhandlungen mit der Reparationskommission hielt die Regierung es deshalb für notwendig, bei den „maßgebenden Industriekreisen" einmal anzuklopfen in Bezug auf Holz- und Kohlenlieferungen usw. Und die Industrie hat wieder einmal „geholfen". Sie hat bestimmte Garantien gegeben und hat sich sogar verpflichtet, bei nicht rechtzeitig geleisteten Lieferungen hohe Konventionalstrafen zu bezahlen. Daß sich ein Geschäftsmann auf solche Geschäfte nur einläßt, wenn er selbst ein gutes und sicheres Geschäft dabei machen kann, versteht sich von selbst. Die Industrie kann jedoch diese Geschäfte nur abschließen und das Risiko auf sich nehmen, wenn auch Einkäufer vorhanden sind, daß diese garantiert, auf die es hauptsächlich ankommt, nämlich die Proletarier selbst, diese Arbeit leisten. Das heißt in diesem Falle die Bergarbeiter. Die Gewerkschaften erwarten

in letzter Zeit die Aufgabe, mit allen Mitteln Ueberschichten zu erzielen. Die Bergkumpels bekommen ein paar Mark mehr in die Hand gedrückt, und ebenfalls wird pneumonatischen Tarifvertrag im voraus. Die Kohlenbarone nehmen als Geschäftsleute die Gelegenheit beim Schopf, um eine schöne Kohlenpreiserhöhung — außer der Ruhr — vorzunehmen. Sinnes fährt nach Paris, um mit der französischen Schwerindustrie zu verhandeln. Der Erfolg der Gewerkschaften liegt auf der Hand. Er hat von den Gewerkschaften die Gelegenheit, daß sie auf Grund der Verträge die Aufgabe hinzu, die Grubensklaven um jeden Preis zu Schoß zu halten. In der DMZ. befindet ein „geschärfter Mitarbeiter" diesen Erfolg folgendermaßen:

„Da nehmen wir es zum guten Anzeichen, daß es gelungen ist, mit den Bergarbeitern den Anfangsteil vom 1. September ab bis Ende November zu verschieben, das in der Tat eine Erleichterung von Millionen Mark für die Kohlenindustrie und Reichsbahn bedeutet. Es ist höchster Ziel der Gewerkschaften, daß sie mit dem „Erfüllen" eben nur nach eine begrenzte Zeit gehen kann, weil die Verschärfung dadurch auf die Spitze getrieben wird. Aber wozu ist man denn Gewerkschaftsmann. Der französischen Imperialismus kann größere Teile der deutschen Republik nicht ohne weiteres übernehmen. Er braucht auch die deutschen Industriellen. Der Schritt, den die deutsche Schwerindustrie unternimmt, — die Verständigung mit der französischen Schwerindustrie — ist die Vorbereitung für die Konkursübernehme im Moment des Bankerotts der deutschen demokratischen Republik. Die Verständigung aber Verhandlungen richten ihre Spitze ganz von selbst gegen England. Das deutsche Proletariat ist ausgeliefert an seine Sklavenhalter, und bildet in weiter Zukunft wohl ein gewichtiges Handelsobjekt. Die fortschreitende Geldentwertung wird das Proletariat ganz von selbst vor die Alternative stellen: Ueberfunden oder verschärfter Hunger. Dazu wird kommen die Absatzkrise, die das Proletariat auseinanderpaßt in ein Arbeitsloseneer, und in willige Betriebsbesatzungen, die immer mit einem Fuß auf dem Pflaster stehen. Rücksichtslos, nächtern, mit unbewußter Miene stehen die Gewerkschaftsführer mit Hilfe der Gewerkschaften das Proletariat in die Tasche. Ist dem sicheren Bewußtsein, daß die hereinbrechende Katastrophe alles entwurzelt, was nicht genügend fundiert ist, und jene Riesenkonzerne nur ihre Arme auszustrecken brauchen, um es einzureihen in ihren Bereich, in der Erkenntnis, daß nur auf diesem Wege der Bankerotts ganzer nationaler Staaten ihr Ziel zu erreichen ist, kommt es natürlich nicht darauf an, ein paar Milliarden Papierfetzen mehr zu drucken. Dies alles kostet ja nichts. Vermehrte Papiermilliarden beschleunigen den Bankerott. Vermehrter Bankerott bringt vermehrte Möglichkeiten für „Erfassung der Sachwerte". Und wenn es den Gewerkschaften möglich war, die Arbeiterklasse wieder einmal auszuliefern, sie zu vermaßen, daß sie ihre Ketten lachend an den Kopf hängt für ein paar Silberlinge, die nicht einmal den Wert behalten, sondern nur Mittel sind, um die Betrogenen noch einmal zu betrügen, — so kann nur ein Narr sagen: daß die Gewerkschaften keine Erfolge zu verzeichnen hätten.

Und unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Forderung der Kreditbeschaffung für die Großgrarier zu verstehen und hat, vom gewerkschaftlichen Standpunkte gesehen, sehr wohl einen Sinn. Für diese schöne demokratische Republik besteht nämlich noch eine andere Gefahr, und das ist die Zerreißung in dem Moment, wo das Elend auf die Spitze getrieben wird.

Oeffentl. Volksversammlung

Dienstag, den 5. September 1922, abends 7 Uhr, im „Bürgergarten", Reinickendorf-Ost, Hauptstraße

Thema:

Die Folgen des Marxismus und wie stellt sich das Proletariat dazu ein.

Durch sie wird das Reich, das verschachert werden soll, ebenfalls stark heimgesucht. Aus Tirol kommen z. B. schon Nachrichten, daß Tirol sich vom „Vaterland" trennen will und nicht Oesterreich das Vaterland sein, sondern Tirol. Und ein richtiges Vaterland muß natürlich auch einen richtigen Landesvater haben, mit einer Krone. Die deutschen Demokraten entdecken aus diesem Grunde schon ihr Herz für die notleidende Landwirtschaft. Es wäre doch schade, wenn von dieser demokratischen deutschen Republik nur ein Krümelchen verlorengingen. Außerdem könnte durch diesen Stoß, den die demokratische Republik dadurch bekäme, ja auch die Arbeiterklasse einmal aufwachen und vielleicht schneller wie immer denkt, begreifen, daß nur durch die rücksichtslose Diktatur des Proletariats eine Lösung möglich ist. Deshalb die Proletarier liefern sich im Stimmen verkaufen, warum soll man die Agrarier schlechter behandeln? Der „Altar des Vaterlandes" ist nun einmal da um zu opfern, daß die Arbeiterklasse weiter nichts zu opfern hat, als ihr Recht auf Revolution, ist wirklich nicht Schuld der Gewerkschaften.

Daß diese Gewerkschaftsbürokratie, und alle die es noch werden wollen, an Klassenbewußtsein dem Proletariat übergelegen sind, hat natürlich seine Gründe. Es zeigt sich eben immer wieder, daß es zum Verderben des Proletariats wird, wenn es in Zeiten des kapitalistischen Zusammenbruches seine Kräfte — nicht die schlechtesten — in die Feste der Konterrevolution entsendet, um dort etwas „herauszuholen", diese jedoch dort ganz natürlich selbst zu Bourgeois werden, und um ihre Existenz kämpfen. Da die Existenz der Gewerkschaften eben steht und fällt mit dem Kapital selbst, so ist der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit eben tatsächlich derselbe Gegensatz wie Gewerkschaften und Proletariat.

Die kommenden Ereignisse werden jedoch diesen Gegensatz auf die Spitze treiben; und es wird die Zeit kommen, wo die Gemeinheiten der Gewerkschaftsmenete Formen annehmen werden, die auch dem rückständigsten Proletarier die Augen öffnen. Die Revolution hat ganz andre Ursachen als irgendwelche taktische Taktik. Wenn das Heer der Verelendeten und das Elend selbst immer größere Dimensionen annimmt und die Entäußerungen immer niederschmetternder werden, werden zuletzt alle Dämme reißen. Und ein ganzes Heer von diesem Gesindel begeht ganz bewußt diese Gemeinheiten an denen, die sie dort hingesetzt haben. Sie werden sich auch nicht wundern dürfen, wenn das tausendmal betrogene und verratene Proletariat, wenn es einmal erwachen wird — und dies ist sicher — Abrechnung hält.

Die Pläne der Schwerindustrie

Der deutsch-französische Trust.

London, 26. August.

Ueber die Rolle, die Hugo Stinnes bei den Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission spielt, meldet der Berliner Vertreter der „Daily News": zu berichten: Stinnes und seine Freunde waren sich darüber klar, daß eine militärische Besetzung des Ruhrgebietes einen Widerstand seitens der Arbeiterschaft zur Folge haben würde. Infolgedessen machte Stinnes bestimmte Vorschläge, die er der deutschen Regierung unterbreitete, und diese übermittelte sie den Alliierten der Reparationskommission. Diese Vorschläge wurden dann der Botschafterkonferenz weitergeleitet. Man muß den gesunden Instinkt der Proletarier liefern sich im Stimmen verkaufen, warum soll man die Agrarier schlechter behandeln? Der „Altar des Vaterlandes" ist nun einmal da um zu opfern, daß die Arbeiterklasse weiter nichts zu opfern hat, als ihr Recht auf Revolution, ist wirklich nicht Schuld der Gewerkschaften.

Daß diese Gewerkschaftsbürokratie, und alle die es noch werden wollen, an Klassenbewußtsein dem Proletariat übergelegen sind, hat natürlich seine Gründe. Es zeigt sich eben immer wieder, daß es zum Verderben des Proletariats wird, wenn es in Zeiten des kapitalistischen Zusammenbruches seine Kräfte — nicht die schlechtesten — in die Feste der Konterrevolution entsendet, um dort etwas „herauszuholen", diese jedoch dort ganz natürlich selbst zu Bourgeois werden, und um ihre Existenz kämpfen. Da die Existenz der Gewerkschaften eben steht und fällt mit dem Kapital selbst, so ist der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit eben tatsächlich derselbe Gegensatz wie Gewerkschaften und Proletariat.

Die kommenden Ereignisse werden jedoch diesen Gegensatz auf die Spitze treiben; und es wird die Zeit kommen, wo die Gemeinheiten der Gewerkschaftsmenete Formen annehmen werden, die auch dem rückständigsten Proletarier die Augen öffnen. Die Revolution hat ganz andre Ursachen als irgendwelche taktische Taktik. Wenn das Heer der Verelendeten und das Elend selbst immer größere Dimensionen annimmt und die Entäußerungen immer niederschmetternder werden, werden zuletzt alle Dämme reißen. Und ein ganzes Heer von diesem Gesindel begeht ganz bewußt diese Gemeinheiten an denen, die sie dort hingesetzt haben. Sie werden sich auch nicht wundern dürfen, wenn das tausendmal betrogene und verratene Proletariat, wenn es einmal erwachen wird — und dies ist sicher — Abrechnung hält.

Der Chicagoer Arbeitermord 1886

(Am 20. August 1886 wurden in Chicago acht Klassenkämpfer nach einem Gerichtsverfahren, wie es wohl in der Geschichte einzig dasteht, zum Tode verurteilt und am 11. November 1886 hingerichtet.)

I.

Schon eine Reihe von Jahren vor 1886 hatte die Achtstunden-Bewegung in Amerika begonnen und hohe Wogen geschlagen. 1872 und 1873 fanden in den größten Städten Amerikas große Demonstrationen statt für den Achtstundenarbeitstag. Die Bewegung war damals so stark, daß fast sämtliche Staatslegislaturen sich gezwungen sahen, Gesetze anzunehmen, welche die achtstündige Arbeitszeit bei allen Regierungsarbeiten einführten. Am 24. Juni 1873 nahm der Kongreß der Vereinigten Staaten das Achtstundengesetz an für Regierungsarbeiten; es blieb aber in Wirklichkeit ein toter Buchstabe. Die Regierung selbst verweigerte die Ausführung des Gesetzes. Im Oktober 1884 beschloß die Gewerkschaftsföderation der Vereinigten Staaten und Kanadas, welche in Chicago tagte, daß vom 1. Mai 1886 ab nur 8 Stunden am Tage gearbeitet wird und daß dieser Beschluß unter allen Umständen durchgeführt werden solle. Am November 1885 trat unter den Arbeitern in Chicago eine Kommission zusammen und organisierten eine Achtstunden-Assoziation. Sie veröffentlichten ein Manifest, in welchem sie erklärten, daß die Reduktion der täglichen Arbeitsstunden dazu führen würde, daß alle oder wenigstens alle fähigen arbeitslosen Arbeiter Beschäftigung erhalten würden und daß somit die Konkurrenz der Arbeiter untereinander ganz aber ziemlich beseitigt werden würde und damit auch die unter solchen Umständen sicheren Zeiten der Löhne. Daß die Einführung des Achtstundentages die sogenannte „Lieberproduktion" durch Vermehrung der Konsumenten abschaffen würde, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, ohne Reduzierung der Löhne, infolge der verbesserten Produktionsmethoden nötig sei und daß dieselbe die Masse der von der Gesellschaft hergestellten Produkte nicht vermindern würde.

Infolge der Anstrengungen dieser Liga wurde die Achtstundenbewegung in Chicago allgemein und verstärkte dadurch dieselbe Bewegung in anderen Städten. Alle großen Arbeiterorganisationen machten mehr oder minder energische Anstrengungen zur Verkürzung der Arbeitszeit, und dieselbe wurde auch in einem Teil Industrieunternehmungen eingeführt.

Mai nun die Tätigkeit der Führer in Chicago Armorbeiten und ihrer Freunde in dieser Bewegung speziell anbelangt, so ist folgendes zu berichten. Im Oktober 1883 bildete sich in Pittsburg eine „Internationale Arbeiter-Assoziation", die eine Reihe Gruppen verschiedener Städte umfaßte. Unter ihnen hielten August Spies und Albert R. Parsons eine wichtige Rolle. Diese Organisation erklärte, daß daß Bündnis zu gefährlichen Zusammenstößen mit der Militärbehörden nicht näher bringe und schließlich in lebhafter Weise das gegenwärtige Gesellschaftssystem. Die Notwendigkeit einer gewaltsamen Revolution zur Beseitigung dieses Systems wurde offen bekannt. Die Internationale, die ausschließlich aus revolutionäre Organisation, zählte in Chicago bald mehrere Gruppen. Die „Arbeiterzeitung", der „Vorbote" und die „Fackel" waren ihre Organe unter den Deutschen, und im Oktober 1884 wurde auch der „Alarm", als englisches Organ der Internationale, mit Parsons als Redakteur gegründet.

Versammlungen wurden unter öffentlichen Plätzen abgehalten, ebenso am Seeufer, und ein vollständiger Propagandaapparat organisiert. In all diesen Versammlungen waren Spies, Parsons und Fielden die eifrigsten Agitatoren. Während des Sommers hielten die Chicagoer Gruppen ihre Massenversammlungen unter freiem Himmel und im Winter in den größten Sälen ab.

Es muß hierbei betont werden, daß die „Internationale Arbeiter-Assoziation", die in Pittsburg gegründet wurde, eine ausgesprochene revolutionäre Organisation war, während die Gewerkschafts-Föderation eine reformistische Organisation war und zwischen beiden heftige Debatten stattfanden. Auch die deutschen Sozialdemokraten, die während des Sozialistengesetzes in den achtziger Jahren von der Schweiz aus später zu der Chicagoer Affaire Stellung nahmen, lehnten die „Internationale Arbeiter-Assoziation", wie sie in Amerika gegründet war, als anarchistisch ab. Es muß heute gesagt werden, daß die Art und Weise, wie man dies von Zürich aus tat, recht pöbelhaft gewesen ist. Man muß den gesunden Instinkt der „Internationalisten" in Amerika anerkennen, indem sie damals sehr richtig sagten, daß eigentlich auch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht viel ändern, wenn man das gesellschaftliche System nicht an Boden ziehen. Trotzdem waren in der Achtstundenbewegung die eifrigsten und entschlossensten Kämpfer.

II.

Während nun beide Parteien, die kapitalistischen sowohl wie die Arbeiter, sich auf den am 1. Mai erwarteten großen Kampf vorbereiteten, brach in der Mac Cormick Maschinenfabrik am 3. Mai von Mc Cormick in Chicago ein Konflikt aus. Am 16. Februar 1886 wurde um 5/10 Uhr vormittags von der Firma die Fabrik geschlossen und 1200 Arbeiter aufs Pflaster geworfen, entlassen. Die Arbeiter dieser Fabrik hatten Lohnforderungen gestellt. Die Lohnbewegung der Arbeiter, welche der Firma Cormick diese Forderung unterbreitete, sollte entlassen werden, obwohl ein Abkommen bestand von einer früheren Bewegung her, daß keiner der Verbandsmitglieder entlassen werden darf. Die Firma kehrte sich nicht daran; im Gegenteil, jeder, der sich bei der Firma mißliebig gemacht hatte, wurde entlassen, in eine schwarze Liste eingetragen, so daß diese dann bei andern Firmen keine Arbeit erhielten. Am 2. März fand eine große Versammlung der Ausgesperrten statt. Referenten waren Parsons und Michael Schwab. Diese Versammlung war zum Teil auch einberufen worden, um gegen die bestehende Internationale von den „allgemeinen Polizisten und 300 bis an die Zähne bewaffneten „Kinderkindanern" (Privatpolizei) zur Einschüchterung der Arbeiter zu protestieren. Eine von den Ausgesperrten an die Ausgesperrten der Firma ersuchte Aufforderung, seine Streikarbeit zu unterbrechen, wurde von Spies verlesen und von der Versammlung angenommen. Bei Verbrechen gegen den Staat geschehen. Fortwährend fanden Verhaftungen, Haussuchungen statt. Diese aufrührischen Szenen trugen dazu bei, daß alles mit Spannung in Chicago auf den 1. Mai blickte, an dem der allgemeine Streik für den Achtstundentag einsetzen sollte. In allen Teilen der Stadt wurden an Mauern und Wänden Anschläge, „Arbeiter-Zeitung", redigiert von Spies und Schwab, war die Hauptlektüre für die Achtstundenbewegung. Am Sonntag vor dem 1. Mai hielt die Central Labor Union von Chicago eine riesige Achtstunden-Massenversammlung ab, in der die führenden Genossen referierten: Spies, Parsons, Fielden und Schwab.

Der langersehnte Tag, der 1. Mai, kam. Mehr als 25 000 Arbeiter legten die Arbeit nieder und verlangten den Achtstundentag. Am 4. Mai war die Zahl der Streikenden auf 40 000 gestiegen. Der Streik war allgemein. Am 3. Mai ereigneten sich die ersten Zusammenstöße vor der Fabrik von Cormick. Ein Streikender hatte einen Arbeiter, der trotz des Streiks dort Arbeit angenommen hatte, tätlich angegriffen. Die Wächter eröffneten sofort ein Gewehrfeuer auf die vor der Fabrik sich versammelnden Streikenden. Um gegen diesen Polizeiangriff zu protestieren, wurde am 4. Mai die Versammlung auf dem Heumarkt einberufen. Spies hatte folgendes Zirkular, das durch den Druck Zürcher Arbeiter berühmt geworden, „Rache-Zirkular" geschrieben:

„Rache! Arbeiter, zu den Waffen! Eure Ausbeuter haben ihre Blutbunde, die Polizei, ausgeschickt. Diese haben heute nachmittag vor Cormicks Fabrik sechs Eurer Brüder erschossen. Sie haben dieselben getötet, weil sie es wagten, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen. Sie haben Euch ermordet, um Euch zu zeigen, daß Ihr zufrieden sein müßt mit dem, was Eure Arbeitgeber Euch gutwillig zukommen lassen und erlauben wollen, aber daß Ihr unterwürfig wie Sklaven zu kriechen, Ihr, Ihr, Ihr

Freitag, den 1. September Mitgliederversammlungen

Die „Rote Fahne" zu Unrecht verboten

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, ist dem Verlag „auf Anordnung des Innenministers" erneut die „Rote Fahne" für die Zeit vom 24. August bis einschließlich September verboten worden.

In der Beschlußbegründung heißt es: „Die Nummer vom 23. August 1922 (Morgenausgabe) verstößt gegen meine Verbotsverfügung vom 16. August 1922 (G. S. 2330) wird auf Seite 2 verschärft, daß die Revolution nicht mehr als Ziel, sondern als Tatsache, die bevorstehende Revolution wird als Tatsache hingestellt und gegen die Handlungen dieser Regierung protestiert und auf die Gesetzlichkeit ihrer Handlungen hingewiesen wollen.

Auf Seite 6 wird ausgeführt, daß es der Redaktion der „Roten Fahne" als Zentralorgan einer Arbeiterpartei durchaus fernliege, zum Zwecke der Beschimpfung einzelner Personen angegriffen . . . Bezüglich des berüchtigten Aufrufs des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale sei sich die Schriftleitung bewußt, sowohl gewußt, daß dieser Aufruf als Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze der Republik bewertet werden würde.

Mit Rücksicht auf diese Erklärungen habe ich beschlossen, die Verbotsfrist für die „Rote Fahne" von drei Wochen auf 10 Tage herzusetzen, daß die nächste Nummer der „Roten Fahne" am 29. August d. J. erscheinen darf.

Die Beschwerde ist an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig zur Entscheidung abzugeben. Das Schreiben ist gezeichnet: Staatssekretär Dr. Freund.

Gegen diese einwandfreie Tatsache zeigt nun die „Rote Erlaß-Hofer" mit einer wahren Verfolgungswut zu Felde. In der Nummer vom 27. August wird eine ganze Seite verwandt, um nachzuweisen, daß alles nicht wahr wäre. Man möchte gern noch so ein bißchen „Revolutionäres" gesagt haben, und prach aus diesem Grunde die ganze Beschwerdeschrift ab. Man weiß jedoch, daß die „Rote Fahne" die Unverfrorenheit besitzt, dagegen Sturm zu laufen. In derselben Beschwerdeschrift heißt es nämlich:

„Die Auslegung, daß der Angriff gegen die Sozialdemokratische Partei eine Verletzung des Gesetzes zum Schutze der Republik sei, mit der Begründung, daß Mitglieder der Sozialdemokratie Mitglieder der Reichsregierung seien, erinnert an die Auslegungsart des crimen laesae majestatis im byzantinischen Rom und in späteren Zeiten willkürlichen Absolutismus. Bei dieser Auslegung des Gesetzes zum Schutze der Republik ist die demokratische Verfassung (Art. 118 der Reichsverfassung), die jedem Deutschen — auch den oppositionellen Parteien — freie Kritik in Wort und Schrift verbürgt, außerhalben und gegenstandslos geworden.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Bezeichnung „Minister der Koalitionsregierung, noch die Arbeiterregierung" bezeichnet die Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung in sich trägt, da durchaus die Möglichkeit besteht, daß eine Arbeiterregierung nach Auflösung des jetzigen Reichstags auf parlamentarischem Wege zustande kommt.

Bezüglich aller einzelnen Einwendungen gegen den Aufruf der Kommunistischen Internationale vom 10. August muß darauf hingewiesen werden, daß die Redaktion gar nicht in der Lage war, einzelne Schärfen der Aufrufs zu mildern, da sie nicht berufen ist, an Aufrufen des höchsten Organs der Dritten Internationale Zensur zu üben. Es wäre für nur möglich gewesen, die Verantwortung für den gesamten Aufruf mit Rücksicht auf die in der deutschen Demokratie bestehenden Gesetze abzulehnen. Hierzu hat sich der ganze Aufruf zu seiner Verantwortung. Es hält sich durchaus im Rahmen der allgemeinen deutschen Strafgesetze."

Entweder bestätigt die „Rote Fahne" darauf, daß die deutsche Proletarier nicht lesen können, oder sie es trotzdem nicht lesen. Man sollte doch meinen: Wer den demokratischen Ministern die Wahrheit sagt, der könnte sie eigentlich auch den Proletariern sagen. Daß die „Rote Fahne" hier von einem „Mißbrauch Sozialismus" faselt, ist wirklich zu dumm, um diese verrückte Unterlassung zu bedecken. Es ist ein Schießen: ich beschwert sich bei der SPD., daß die „Rote Fahne" zu Unrecht verboten ist, und jetzt will sie mit aller Gewalt zu Unrecht verboten gewesen sein. Hätte Severing sofort diese Beschwerdeschrift und auch die beanstandeten Artikel vorher veröffentlichen lassen, so hätte er bestimmt finden müssen, daß er eine Zeitung verbietet, die die Verfassung deswegen am besten schützt, weil sie den Arbeitern vorschwatzt, daß sogar eine Revolution möglich ist „im Rahmen dieser Verfassung".

Jeden Tag ein Aufruf

Dies ist bei der KPD. in letzter Zeit üblich. Zu jedem Frühstück muß der Proletarier seinen Aufruf betommen, damit er noch weiß, daß die KPD. da ist. Am Sonnabend, den 26., wurde das deutsche Proletariat entrüstet, und am 27. das deutsche und französische. Warum soll man mit diesen Aufrufen denn so spartam umgehen? Es haben nichts, und in einem Aufruf kann man das Proletariat noch am leichtesten vertrösten, weil man da mit radikalen Phrasen die Gemeinheiten am leichtesten einhüllen kann.

In dem Aufruf vom 26. wird zu Felde gezogen gegen die „Forderungen der Gewerkschaften". Die werden als nicht „zeitgemäß" genau hingestellt. Die konterrevolutionäre Tendenz der „Forderungen" wird deswegen nicht gebrandmarkt, damit man die Proletarier nicht stutzig macht und die Parole: „Einen in die Gewerkschaften" seine Einbuße erleidet. Man fordert deshalb neue, „zeitgemäßere" Forderungen auf, die bereits hinausläuten, die demokratische Republik vor dem Bankrott zu retten. Zuletzt kommt dann der Pferdefuß. Die Arbeiterklasse wird aufgefordert, sich „nicht verführen zu lassen, damit der „Erfolg" dem deutschen Kapital nutzt, denn zum Schluß heißt es:

„Entschlossener Widerstand gegen alle Forderungen der Entente, die über die Zahlungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinausgehen und ihr die Selbstständigkeit nehmen."

Die Forderungen des Kapitals, die über die „Zahlungsfähigkeit" nicht hinausgehen, sind also ganz in Ordnung, und in Ordnung ist auch der Hunger in „normalen Schranken" — es geht eben nichts über eine „revolutionäre" Partei.

Am 27. wird zum „deutschen und französischen Proletariat" gesprochen. „Nieder Revolution als Krieg!" heißt es da. Soll wohl heißen: Ohne Krieg auch keine Revolution. Und noch den ähnlichen Schlagworten von „Kontrolle der Produktion" heißt es dann zum Schluß:

„Für die Annullierung des Versailler Friedensvertrages!
Für den generalisierten proletarischen Wiederaufbau auf Kosten der Bourgeoisie!
Gegen den Feind im eigenen Lande!
Für die Rettung der besetzten Gebiete!
Für eine wirtschaftliche und politische Verbindung zwischen Deutschland, Frankreich und Sowjetrußland!
Gegen Knechtung und Sklaverei!"

Bei der Entscheidung des nationalistischen Taumels, wenn der französische Imperialismus marschiert, haben diese Herrschaften gerade noch gefehlt. Der letzte Satz besagt denn weiter, daß die Revolution Blödsinn ist, denn wenn dies die Voraussetzung für den kommunistischen Aufruf ist, wozu denn dann einen „Kampf gegen den Sklavenstaat"? Diese Forderung mag allenfalls in Rußland einen Sinn haben, das westeuropäische Proletariat wird sich für einen solchen Kommunismus bedanken.

Wenn man bedenkt, daß Westeuropa dem Abgrund zueilt und die Klassengegensätze immer heftiger aufeinanderprallen, wenn man sieht, daß Oesterreich Proletariat durch diese Politik bereits hineingerissen ist in den Strudel und aus eigener Kraft sich nicht mehr zu erheben vermag, und man hier sieht, daß die Lage des österreichischen Proletariats nicht erwähnt, kein Wort von Revolution steht, so muß ein Blinder gestehen:

Diese 3. Internationale mit ihren Seitsprüten kann nur solange Verwirrung anrichten, solange das Proletariat die Weltschmiede des Kapitals erträgt. Wenn es sich jedoch einmal erhebt und zur Revolution schreitet, wird es eine Lebensfrage für die Revolution selbst, diese Gemeinheiten zu verhindern.

Die Wege Moskaus sind wunderbar

Der KPD. geht es wie dem Gretchen im „Faust": „Du hast mit einem heimlich an, bald kommen ihr mehre dran, und wenn dich erst ein Dutzend hat, so hat dich auch die ganze Stadt." Mit „revolutionärer Ausnutzung" des Parlaments fing es auf dem Heidelberger Kongreß an, ein Verrat an der proletarischen Revolution sagte den anderen und jetzt schon ist die „kommunistische Massenpartei" bei endgültiger Preisgabe des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse gelandet. Zwar versuchen die Angestellten Sinowjews immer noch mit „Aufrufen" einen weiteren Erfolg, die Masse durch „taktische Mätzchen" über ihre letzten Absichten zu täuschen, aber trotzdem bringt von Zeit zu Zeit irgend eine narrische „junge Dinge" ans Tageslicht, die auch den moskaugläubigsten Proleten zuzig machen müssen.

Daß die deutschen Moskauer ein warmes Herz für die Soldatenka der Ebert-Republik haben, ist nicht mehr neu: Bleibt ein einmal schon hat die Presse der KPD. für „menschenwürdige" Behandlung der Schupo-Leute plädiert. Aber der Gipfel der „Einheitsfront" will sich hier erst jetzt anbahnen. Die „Hamburger Volkszeitung", ein „linkes" KPD.-Blatt brachte dieser Tage eine längere Notiz über „Mißstände in der Hamburger Orpo". In allen Tönen wird hier anklägerisch einer Kasernenbesichtigung durch den sozialdemokratischen Polizeigewaltigen über die schlechte Verpflegung und Behandlung der grünen „Beamten" gebarmt und es gehört unbedingt zur „Einheitsfront", wenn ein „kommunistisches" Blatt seufzt: „Wenn Heinje (der sozialdemokratische Polizeigewaltige) nur einen Teil von all den Beschwerden, die ihm an diesem Tage von den Beamten vorgetragen würden, beseitigen wird, dürfte es um ein gutes Stück besser mit den Verhältnissen in der Hamburger Orpo werden, denn so, wie dieselben jetzt sind, kann es unmöglich bleiben." (B. T. 1. 8. 1922)

Das also ist der Kurs der KPD.: Während die Proleten in Hunger und Elend verkommen, muß die Sipo dick und fett werden, damit sie ihren Aufsaugen gewachsen ist, wenn die proletarische Kanalie es einmal mögen sollte, aufzugehen. Aber es kommt noch besser und so deutlich wie hier hat die KPD. wohl selten ihr wahres Gesicht gezeigt: „Ist es doch schon so weit gekommen, daß ein ganzer Teil Sammler auf Grund der miserablen Behandlung in der Orpo um Dienstentlassung ersucht haben, die ihnen aber von den Offizieren nicht gewährt wurde. Man sieht also daran, daß die Hamburger Polizeiverwaltung Mittel hat, unfähige Elemente in den Reihen der Beamtenschaft zu halten und sie wird notfalls, wenn dieses nicht mehr möglich ist, auf Elemente zurückgreifen müssen, die gerade in diesem Körper, der zum Schutze der Person und für das Volk da sein soll, und auch eine gewisse Routine im Umgang mit demselben haben muß, nicht hineingehören". (B. T. 1. 8. 1922.)

Proletarier, jetzt weißt du, warum eine „revolutionäre" Partei sich für das Wohlergehen der Sipo einsetzen muß. Sie ist „zum Schutze der Person und für das Volk da". Was geht die KPD. die fundamentale Erkenntnis des wissenschaftlichen Kommunismus an, wonach der Staat und seine bewaffnete Macht die Aufgabe haben, die Klassengegensätze im Zaum zu halten? Was geht es die KPD. an, daß die Bildung der „Demokratie" von den Berliner Januarkämpfen bis zur mitteldeutschen Mißaktion die „Person" und das „Volk" durch tausende von Proletariertreffen geschützt haben? Das alles ist vorbei, jetzt kommt die Epoche der „Einheitsfront."

Die Arbeiter der KPD. müssen mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht erkennen, daß sie sich in den Armen der Konterrevolution befinden, wenn sie sich nicht klar darüber werden, daß vom dritten Kongreß der Moskauer Internationale, wo Sinowjew und Trotzki die Mißaktion als „Dummheit und Verbrechen" verdammten, bis zu der Meinheit, daß die bewaffnete Staatsgewalt zum Schutz der Person und für das Volk da sein soll, eine gerade Linie führt.

Levi, Goldstein & Co.

Die hanebüchenen Verdächtigungen, die von Seiten der „Gleichgesinnten" bezw. von Such usw. gegen die KPD. ausgestreut wurden, haben manchem Genossen den Gedanken aufgedrängt: Gleich da nicht etwas ganz anderes dahinter? Und man mußte ob der geradezu humoristischen Argumentation sich manchmal fragen: Können irgendwelche Grundsätze, und mögen sie noch so allerm sein, das Ziel einer Partei, Kampfes sein, wenn der Verfund, dieses Ziel zu erreichen, begleitet ist mit einem wahren Wettefer von lügnerischen Verdächtigungen? Wir erinnern nur an die mit größter Frechheit aufgestellte Behauptung, daß die KPD. und konspirativ die Berliner Organisation im Solde Moskaus stünde.

Von den unentwegten Verleumdern ist nur ein kleines Trio übrig geblieben. Ein Teil arbeitet fleißig an der „Moskauischen Wirtschaftszeitung" und läßt sich für diese kapitalistische Propaganda auch ganz gut bezahlen. Der Rest, nämlich Levi, Goldstein dagegen hat sich erst einfammeln in der auf dem Wege nach der Radekpartei befindlichen USP. und läßt seine Belehrungen in „Unser Weg" los. In Heft 12/13 breitet er sich mit Genüßtuerei über „Einheitsfront".

Der Inhalt ist nichts Neues. Ebenso wenig wie das für uns eine Ueberraschung ist, daß Mensch weiter oder die Proletarier, die noch an den ihnen vorgesetzten Führern glauben, wo die Reise hingeht.

Wir denken gar nicht daran, diesen Herrschaften ob der Offenbarung Vorwürfe zu machen. Im Gegenteil: Wir haben nur zu wiederholen, was wir jetzt sagten: Dort sind sie gut aufgehoben; aber den Proletariern, die sie jetzt mit ihren Sippen füttern, sagen wir: Der Zuwachs, den ihr bekommt, ist keinen Schuß Pulver wert.

Ausland

Der amerikanische Streik dauert an

New York, 25. August. (E. E.)

Für den Augenblick sind alle Hoffnungen auf Beilegung des Eisenbahnerstreiks geschwunden. Die Direktionen der Gesellschaften lehnten die Vermittlungsvorschläge ab. Sie stützen sich besonders an der Forderung, daß alle jetzt Streikenden ihre früheren Posten wieder einnehmen sollen und daß sie bezüglich der Altersklasse vor den Streikbrechern Vorrechte haben sollen. Man sieht keine Möglichkeit, wie der Streik beigelegt werden könnte.

Verschärfung des Orientkonflikts

UZ. Konstantinopel, 25. August.

Am Mittwoch früh hat 200 Meilen südlich des Marmarameers die seit Tagen erwartete türkische Offensive in Kleinasien begonnen. Der erste Erfolg der nationalistischen türkischen Truppen besteht in der Eroberung der Stadt Burhanie. Die türkische Armee, die 75 000 Mann stark ist, setzt ihren Marsch gegen Smyrna fort, dessen Eroberung das Ziel ihrer Operationen ist. Die Offensive setzte, ursprünglich gegen Konstantinopel angesetzt werden. Dies wurde aber dadurch verhindert, daß englische Truppen an der Zimik-Front zusammengezogen wurden.

UZ. London, 25. August.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die kemalistische Armee zwischen Mudanja und Brusa vorrückt. Wetter und Bodenbeschaffenheit sind für die militärischen Operationen günstig. Die Ernte ist im Kampfgebiet zum größten Teil eingebracht. Die Lage der griechischen Truppen ist nicht ungefährlich, da in der letzten Zeit 10 000 Mann von der griechischen Front abgezogen und nach der Kaebatalschiko-Front verschoben sind. Die griechische Verteidigungsstellung verläuft von Tatt Schehir nach Aktum-Karahissar. In diesem Raume werden entscheidende Kämpfe erwartet.

Die Hungersnot in China

M. London, 24. August.

Die „Chicago Tribune" meldet, weiter die bereits kurz gemeldete Hungersnot in China besonders im Gebiet von Tschanschau in der Provinz Hunan, etwa 500 Kilometer südwestlich der Stadt Hankau. Hungernde Kinder haben sich Räuberbanden angeschlossen und begehen Raub und Brandstiftung. 800 bis 1000 Menschen fallen täglich in diesem Gebiet Seuchen. Die Missionare haben 600 Waisenkinder in einem Sammellager untergebracht, sind aber nicht in der Lage, wegen Mangel an Geldmitteln die Verpflegung für diese Kinder zu retten. Da der Hunger noch zunimmt, sind mehr als 6000 Kinder dem Tode verfallen, wenn nicht rasche Hilfe erfolgt wird.

Mitteilungen

An alle Ortsgruppen und Bezirke

Werte Genossen! Wir machen darauf aufmerksam, daß die KAZ. von Nr. 62 ab mit 7 Mk. pro Exemplar an den Verlag abzurechnen sind.

Parteigenossen und Leser der KAZ.! Die Katastrophenpolitik geht seinen ehernen Gang. Ihr alle wißt, daß es nur einen Ausweg gibt aus diesem Chaos und zwar nur dann, wenn sich die Arbeiterklasse ihrer Hundebemut bewußt wird, in der sie verharrt. Wie können wir das erreichen? Indem Ihr alle unterstützt Euer Organ, die „Kommunistische Arbeiterzeitung" hochhaltet und verbreitet. Wir verlangen nicht die Opfer, die dadurch manchem Genossen auferlegt werden. Aber was bedeuten diese kleinen Opfer gegenüber den großen Zielen, die wir für die arbeitende Menschheit erstreben. Genossen! Haltet Euer Organ, die einzige noch bestehende Arbeiterzeitung hoch, laßt sie nicht verstummen.

Der Verlag.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin!

Am Sonntag, den 3. September 1922, vormittags punkt 8 Uhr, treffen sich alle Jugendgenossen am Bahnhof Charlottenburg, Hauptabfahrt, mit Proviant-Rucksack. Wimpel und Plakatenge zur Agitation auf den Jugendtag.

6. und 16. Bezirk. Freitag, den 1. September 1922, gemeinsame Mitgliederversammlung, abends 8 Uhr bei Berk, Kaiserallee 32. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen, da eine wichtige Tagesordnung vorgesehen.

Die Bezirksleiter.

7. Bezirk. In der am Freitag, den 1. September 1922, abends 7 Uhr stattfindenden wichtigen Mitglieder-Versammlung im Lokal von Krumm, Kaiserstraße 163, referiert Genosse Karsch. Sämtliche Genossen und Genossinnen erscheint, in anbetracht der wichtigen Tagesordnung zu erscheinen. Keiner darf fehlen!

Quittung.

Durch den Reichsarbeitsausschuß der KAU. an die Drlsk. überwiesen: KAU. Ludwigshafen (Rheinpfalz) 568 Mk., KAU. Braunschweig 426 Mk., KAU. Ludwigshafen 1550 Mk., KAU. Ludwigshafen 1364 Mk., KAU. Chemnitz 1. S. 333 Mk., KAU. Ludwigshafen 1461 Mk., KAU. Ludwigshafen 1158 Mk., KAU. Ludwigshafen 2766 Mk., KAU. Cuxhaven 300 Mk., S. Bobek, Prag 50 Mk. Liste 4188 verloren gemeldet. Die eine ist auch dem.

Der Kassierer. Drlsk.

Genossen! Sammelt für den Pressefonds!

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Druck- und Kunstdruckerei Berlin S 42, Dresdnerstraße 109.

3. Jahrg. Nr. 63. Preis 7,50 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 400 20

Abonnementspreis für Groß-Berlin 70 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 60.— M. monatlich, nach dem Ausland 140.— M. monatlich.

Schlag auf Schlag

Es hat den Anschein, als möchte sich die deutsche Arbeiterklasse zur Aufgabe, alle Möglichkeiten einer Demütigung, und damit die Heranbildung als leistbändigen Faktor bis zum letzten Moment auszunutzen, in der Hoffnung, um eine Entscheidung überhaupt herumkommen. Die Dinge sind denn glücklich heute so weit gediehen, daß das Proletariat nicht nur mit dem Kleinbürgertum in Reih und Glied marschiert, sondern daß heute das deutsche Industriekapital die Situation beherrscht und die Politik der Demokraten nur noch darin besteht, das Proletariat im Interesse der „Ordnung" niederzuhalten. Dies ist heute die einzige Aufgabe der demokratischen Regierung.

Unter der Maske der „Völkerversöhnung" und des „Friedens" verbarg sich von jeher und gerade heute der Hammer, mit dem die Arbeiterklasse zu Boden geschlagen wurde. Der Leidens- und Galgentonweg des deutschen Proletariats war begleitet von den „Friedensglocken" Wilsons. Unter der Maske der „Friedensbereitschaft" und der „Verständigung" wurden Millionen dem imperialistischen Moloch überliefert. Die Sirenenklänge der Gewerkschaften und bürgerlichen Demokraten haben es abermals vermocht, daß das deutsche Proletariat sich weiter in dieser Richtung in Bewegung setzte. Das deutsche Proletariat ist heute mehr denn je die einzige Gewähr für die Politik der deutschen Schwerindustrie. Der Druck Frankreichs auf die deutsche demokratische Republik hat dieselbe jetzt bald dahin gebracht, wo die Erfüllungspolitik nach demokratischen Muster eben einsetzen muß, zu der offenen Bankerotterklärung. Das ganze Heer dieser demokratischen Schleichmörder rannte noch der Sozialdemokratie Sozialpolitik und kapitulierte in der Welt herum. Sie sollten Deutschland retten und stürzen selbst zwischen zwei Heerlagern. Zwischen der Arbeiterklasse und dem alles beherrschenden Industriekapital. Die Sitznen und Gläubiger, sie waren die einzigen Repräsentanten des noch Kredit besaßen, die aber nur um den Preis der vollständigen Versklavung der Arbeiterklasse Garantien übernehmen konnten und ihrerseits wiederum Garantien verlangten von den Gewerkschaften, das bis zum Wahlsitzbluten ausgepreßte Proletariat mit allen Mitteln niederzuhalten.

Die letzte Entscheidung der Reparationskommission kam bekanntlich auf ein „Moratorium-Ersatz". In diesem Dokument ist enthalten, welche Rolle dem deutschen Proletariat zugewiesen wird. Die Entscheidung lautet:

Die Reparationskommission, welche über das neue Stundungsgesuch vom 12. Juli 1922 Beschluß zu fassen hatte, entscheidet in der Erwägung, daß das Reich sowohl jeden inneren wie äußeren Kredit verloren hat, und daß die Mark sich fortsetzt bis auf dreitausendstel ihres Wertes entwertet hat, wie folgt:

1. Sie verschiebt die Beschlußfassung über das eingereichte Gesuch des Reichs bis zum Zeitpunkt, wo sie den Entwurf einer durchgreifenden Reform der öffentlichen Finanzen Deutschlands fertiggestellt hat. Diese soll mit sich bringen:

a) das Gleichgewicht des Budgets;

b) falls sie in der Reparationskommission vertretene Regierungen ihre vorherige Zustimmung geben, die einzige Erhöhung der äußeren Lasten Deutschlands in dem Maße, das zur Wiederherstellung seines Kredits für notwendig erachtet werden sollte;

c) die Währungsreform;

d) die Aufgabe äußerer und innerer Anleihen zwecks Befestigung der Finanzlage.

2. Um für die Vorbereitung und die Ausführung der in Ziffer 1 in Aussicht genommenen Maßnahmen die notwendige Zeit zu gewähren, wird die Reparationskommission als Bezahlung der im 15. August und 15. September 1922 fällig werdenden Barzahlungen und, sofern nicht in der Zwischenzeit andere Abmachungen getroffen sein sollten, der zwischen diesen beiden 15. Oktober und dem 15. Dezember 1922 fällig werdenden Barzahlungen — deutsche Schatzbons ansehen, welche binnen 6 Monaten in Gold zahlbar und mit Garantien ausgestattet sein sollen, hinsichtlich deren die Deutsche Regierung und die Belgische Regierung, welcher diese Zahlungen zugewiesen sind, sich zu Einvernehmen zu setzen haben, aber mangels eines entsprechenden Einvernehmens durch ein Schiedsgericht in einer neutralen Belgien genehmen Bank sicherstellen werden sollen.

Die deutsche Schwerindustrie hat Garantien für die Leistung der Sachleistungsbeträge bereits erhalten. Sie bringt für dieses „Rettungswerk" die Durchreichung des Achtstundentages und die prinzipielle Aufgabe derselben von Seiten der Gewerkschaften. Die Bergarbeiter wurden durch ein paar hundert Mark zu Ueberschichten veranlaßt. Die Industriebarone haben die „Erfüllung" selbst in die Hand genommen. Den Gewerkschaften liegt bei diesen Erfüllungswerk nur die Pflicht ob, jeden Widerstand von Seiten des Proletariats, den dasselbe einer gesteigerten Ausposaunung entgegensetzen sollte, zu brechen. Und den Demokraten liegt die Pflicht ob, ihren „Etat" in Ordnung zu bringen, d. h.: Wie das Kapital durch seine „Rettung" die Auslieferung der Arbeiterklasse verlangte, so verlangt es natürlich auch die Befreiung von allen „niederzuhaltenden" Schranken. Der Bankerott der demokratischen Republik ist noch lange nicht der Bankerott des Kapitals. Und wenn diese Regierung dies nicht will, so möge sie sich hinscheren wo der Pfeffer wächst.

„Es wäre ein verhängnisvoller Nachfall in die Vorstellung vergangener Zeiten, wollte man das Schicksal der Regierung schlechthin mit dem Schicksal der „Nation" gleichsetzen. Im Gegenteil: es ist nötig, sehr deutlich auszusprechen, daß an dem Schicksal der Nation alles, am Schicksal des augenblicklichen Kabinetts nichts gelegen ist. Es hat das Vertrauen des Auslandes nie besessen und das des Inlandes längst verloren."

Das ist die Sprache der Stinnesrede vom 1. September.

Die Kohlenkumpels, die eine verunsicherte Ausposaunung auf sich nahmen, über sie wird in dem Moment, wo die Zapfen einfach unerträglich werden und sie sich aufrichten, die ganze demokratische Meute herfallen. Denn die Art der „Wiedergutmachung" liegt in den Händen von Stinnes, und die Gewerkschaften haben die Garantie dafür übernommen. Die Regierung wirbt die Geldbeutel als Garantie für die Goldleistungen, das automatisch an dem Tage verfällt, wo die Schadbons eingelöst werden sollen. Derweile soll sie den „inneren Etat" in Ordnung bringen, das heißt: die Steuerschraube soll neben der furchtbaren Preisdatastrophe außerdem noch in Bewegung gesetzt werden, trotzdem der Zusammenbruch der Mark alle Kalkulationen jeden Tag ein paarmal über den Haufen wirft. Das schaffende und hungernde Proletariat soll jedoch alles geduldig auf sich nehmen, damit die Goldreserven der Republik — die einzige Deckung für die im Umlauf befindlichen Papierzetzen — nicht fließen gehen. Das Proletariat soll im wahrsten Sinne des Wortes in dem Moment, wo das Kapital die Arbeiterklasse zu vernichten droht, sich nicht etwa wehren, sondern es soll im Verrecken das Kapital retteln. Daß das Proletariat diese Zusammenhänge bereits noch nicht einsieht, ist wirklich kein Zeichen von Klassenbewußtsein.

Währenddessen werden in Deutschland die weißen Garden eingezogen, denn die Verhandlungen Stinnes mit der französischen Industrie dienen von beiden Seiten nicht der Stabilisierung der demokratischen Republik, sondern der Vorbereitung des Bankerotts. Während die Demokratenregierung schon die Hungerrevolten blutig niederschlägt, arbeitet das deutsche Kapital gemeinsam mit dem französischen an der Aufrichtung eines Riesenkonzerns. Während das deutsche Proletariat sein „Vaterland" retten will, tun dieselben, die das Vaterland schon längst in der Tasche haben, mit dem „Erzfeind" zusammen. Das deutsche Proletariat bildet eine Einheitsfront mit Stinnes, und dadurch mit dem Weltkapital, und belangt sich noch darüber, daß das Weltproletariat ihm nicht die nötige Sympathie erweist. Das deutsche Proletariat hat vier lange Jahre mit einem wahren Heldenmut den Sozialismus mit den Kommißstiefeln in Grund und Boden gestampft und sich noch darüber beklagt, daß es nicht „verstanden" wurde. Es wundert sich auch heute, daß es nicht „verstanden" wird.

Das Kapital steht keinen Ausweg — aber es sieht einen Weg. Der Weg des Kapitals ist: die Katastrophe, die es selbst heraufbeschwört mit voller Wucht auf das Proletariat werfen zu lassen, um es zu vernichten. Die Arbeiterklasse kämpft unter dem Kommando seiner Gewerkschaften auf demselben „Erfolg" gegen die Katastrophe, wie gegen den Krieg. Es steht bereits mitten drinn und merkt es nicht einmal. Das Kapital feuert Salve auf Salve ab, drängt die Arbeiterklasse Schlag auf Schlag dem Abgrund zu, und das Proletariat hält unter dem Kommando von ein paar Betriebsräten einen schönen Spießgesellen auf.

Die kommenden Ereignisse werden jedoch auch dem deutschen Proletariat beweisen, daß es seine historische Aufgabe: die proletarische Revolution, nur bei Strafe seines Untergangs verleugnen darf.

Der Kampf um Deutsch-Oesterreich

Durch den Frieden von St. Germain ist das alte Oesterreich aufgelöst worden. Schon das Kaiserreich hatte dauernd mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die österreichische Krone gehörte schon damals zu den notleidendsten Devisen. Die k. und k. Monarchie war weder politisch noch wirtschaftlich haltbar. Die einzelnen aus den nationalen Verbänden gewaltsam losgerissenen Teile streben nach einer Vereinigung mit ihren Stammesbrüdern. Dazu kam die panslawistische Propaganda — der russische Imperialismus, der sich durch Angliederung zu vergrößern suchte. Er fand dabei die Unterstützung des französischen Kapitals. Die Auflösung Oesterreichs gehörte mit zu den imperialistischen Zielen der Entente. Durch das Ausscheiden Rußlands infolge der bolschewistischen Revolution erfolgte die Teilung unter fast ausschließlicher Berücksichtigung der französischen Interessen. Die teilweise Aufteilung von Tirol an Italien fällt dabei nicht ins Gewicht.

Das französische Kapital war hauptsächlich von dem Gedanken beherrscht, einen mitteleuropäischen Block ein für allemal unmöglich zu machen. Es war sich dabei klar, daß dazu notwendig war, ein möglichst kleines deutschsprachliches Wirtschaftsgebiet zu schaffen. Es mußten bedacht in die Nachfolgestaaten deutsche Minderheiten einverleibt werden und die wirtschaftliche Existenz des deutschen Restgebietes auf eine so schmale Basis gestellt werden, daß es zu jeder eine selbständigen Politik unfähig war. Doch dieses Ziel ist bewußt war, geht schon daraus hervor, daß die Entente bei im Frieden von St. Germain zu einer erheblichen Kreditgewährung an Deutsch-Oesterreich verpflichtet. Der Aufbau an das deutsche Wirtschaftsgebiet sollte vor allen Dingen unterbunden werden. Dazu dienten einmal die bekannten Verbote von Krediten durch Frankreich, denen auch die vom französischen Kapital geführten Wirtschaftskreise mit der Tschechoslowakei. Die Nachfolgestaaten und die übrigen Mitglieder der kleinen Entente sollten einen französischen Schutzwall um Deutsch-Oesterreich ziehen, der dieses Gebiet im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs auffangen sollte. Durch diese Aussicht und durch die Furcht vor einer Erstarkung Deutschlands gerieten die kleine Entente völlig in das Schlepptau der französischen Politik. Es war von vornherein das Ziel des französischen Kapitals, Deutsch-Oesterreich allmählich von der europäischen Landkarte verschwinden zu lassen. Dies konnte nur auf wirtschaftlichem Wege erfolgen; gewaltsam ließ sich dieser Plan wegen der Interessengegensätze des italienischen und englischen Kapitals nicht durchführen. Die Entwicklung der Krone wurde im Dampfeseile vorgenommen. Es kam nur darauf an, im geeigneten Moment möglichst unauffällig die Konkursmasse zu verwerten. Man dachte dies schließlich scheinbar durchführen zu können, indem man vorsichtig den Nachfolgestaaten „als den besten Kennern der österreichischen Verhältnisse" das Mandat zur Verwaltung zu übertragen. Das französische Kapital hatte bisher die Rechnung ohne die österreichische Bourgeoisie gemacht. Diese hatte absolut keine Lust, sich so langsam und klanglos vom französischen Imperialismus verschlingen zu lassen. Sie wollte Versicherung an den Meistbietenden. Deshalb schickte sie den Bundeskanzler Dr. Seipel nach Prag, Berlin und Rom mit der Aufgabe, für die Auktion den Preis in die Höhe zu treiben.

Der Erfolg blieb auch nicht aus, denn bankerotten Oesterreich wurden auf einmal von der kleinen Entente und Italien Kredite in beträchtlicher Höhe angeboten. Die Reise nach Berlin war zur eine Verbeugung vor dem allbeliebten Gebanden und sollte nur einem Druck durch Prahlerei mit dem Anschluß an Deutschland hervorrufen. Man spielte eben alle Schwerpunkte aus.

Die Kredite sollen der finanziellen und wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutsch-Oesterreichs dienen. Wenn man wundert sich, erst rutscht die Entente das Land und dann will es alle Mittel aufwenden, um dasselbe Land wieder wirtschaftlich gesunden zu lassen. Es ist dies nur der alte Wucherkrieg. Die Kredite sind die hohen Scharfsteinhypotheken, die dem Schuldner den Rest geben sollen. Der Wucherer weiß, daß der Schuldner aufgeschmissen ist, die Zinsen zu bezahlen und ihnen dem ersten Verfallstermin Hand und Fuß für ein Butterbrot lassen muß. Das Kapital hat die Kredite in das Rennen kurz vor dem Ziele. Man beteiligt sich, um als erster die letzte Hürde zu nehmen.

Wenn auch Deutsch-Oesterreich als selbstständiges Wirtschaftsgebiet keinen Wert hat, so könnte die Entente-Leitung in ein anderes Wirtschaftsgebiet eine erhebliche Stärkung bedeuten bedeuten können. Es gelang denn Deutsch-Oesterreich vorläufig nicht. Der Aufbau an das deutsche Wirtschaftsgebiet sollte vor allen Dingen unterbunden werden. Dazu dienten einmal die bekannten Verbote von Krediten durch Frankreich, denen auch die vom französischen Kapital geführten Wirtschaftskreise mit der Tschechoslowakei. Die Nachfolgestaaten und die übrigen Mitglieder der kleinen Entente sollten einen französischen Schutzwall um Deutsch-Oesterreich ziehen, der dieses Gebiet im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs auffangen sollte. Durch diese Aussicht und durch die Furcht vor einer Erstarkung Deutschlands gerieten die kleine Entente völlig in das Schlepptau der französischen Politik. Es war von vornherein das Ziel des französischen Kapitals, Deutsch-Oesterreich allmählich von der europäischen Landkarte verschwinden zu lassen. Dies konnte nur auf wirtschaftlichem Wege erfolgen; gewaltsam ließ sich dieser Plan wegen der Interessengegensätze des italienischen und englischen Kapitals nicht durchführen. Die Entwicklung der Krone wurde im Dampfeseile vorgenommen. Es kam nur darauf an, im geeigneten Moment möglichst unauffällig die Konkursmasse zu verwerten. Man dachte dies schließlich scheinbar durchführen zu können, indem man vorsichtig den Nachfolgestaaten „als den besten Kennern der österreichischen Verhältnisse" das Mandat zur Verwaltung zu übertragen. Das französische Kapital hatte bisher die Rechnung ohne die österreichische Bourgeoisie gemacht. Diese hatte absolut keine Lust, sich so lang